Vorabend-Blatt

66. Jahrgang. № 403 — Dienstag, 29. August 1922

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr: in Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung monatlich M. 50,—, oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich M. 50,—.

Anzeigen-Preise: Die 1spaltige 32 mm breite Zeile M. 12,—, außerhalb Sachsens M. 15,—. Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, 1spaltige An- und Verkäufe 25 % Nachlaß. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelpreis des Vorabendblattes M. 1,50.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Gebr. Arnhold
DRESDEN-BERLIN
Waisenhausstraße 20/22
Hauptstraße 38, Chemnitzer Straße 96
Berliner Haus:
Berlin W 56, Französische Straße 33e
Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte • An- und Verkauf in- und ausländischer Wertpapiere und Verwaltung derselben • Besondere Abteilung für ausländische Währungen • Feuer- und diebessichere Stahlkammer

Beschleunigung des Moratoriums?

Die „Times" über die Lage Deutschlands.

London, 28. Aug. Der Beschluß der Reparationskommission, die Entscheidung in der Frage der Gewährung eines Moratoriums für Deutschland auf Mittwoch zu verschieben und Vertreter der deutschen Regierung anzuhören, findet ebenso wie der Appell des Gouverneurs Cox an die Vereinigten Staaten in der Presse große Beachtung. Der Pariser Berichterstatter der „Times" schreibt:

Nach Bradburys Ansicht sei jede Verschleppung gefährlich. Sowohl Bradbury wie Mauclere hätten den Eindruck gewonnen, daß der Zustand Deutschlands entsetzlich sei. Es werde nicht daran gezweifelt, daß die Mark im nächsten Monat noch rascher fallen würde, wenn nicht sofort Maßnahmen getroffen würden, und daß der vollständige Zusammenbruch Deutschlands unvermeidlich sei, wenn irgendwelche weiteren Schritte, die das Deutsche Reich bedrohten, gegangen würden. Bradbury habe in seinem Bericht auf

die große Gefahr unverzüglicher starker politischer, wirtschaftlicher und sozialer Unruhen in Deutschland

hingewiesen. Es sei für unmöglich erachtet worden, nicht die persönliche Ehrlichkeit und den Wunsch zum Entgegenkommen gegenüber den Alliierten seitens der Mitglieder der deutschen Regierung anzuerkennen. Die französischen Vorschläge einer alliierten Kontrolle über die Staatsforsten und Bergwerke seien für unmöglich erklärt worden. Nach Ansicht des Berichterstatters sei ein Moratorium für Barzahlungen wahrscheinlich vollendete Tatsache. (W. T. B.)

Die Reichsregierung kann nicht weiter nachgeben.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 28. Aug. Die Reichsregierung beriet heute vormittag über den Beschluß der Reparationskommission, die Entscheidung bis Mittwoch zu vertagen und an dem genannten Tage, bevor sie ihre Entscheidung fällt, deutsche Vertreter zu hören. Wie verlautet, dürften Reichsfinanzminister Hermes und Staatssekretär a. D. Bergmann nach Paris entsandt werden. Es wird zunächst als sicher angenommen, daß die Reparationskommission ihre Entscheidung auf keinen Fall über Mittwoch hinaus verschieben will. Es wird deshalb erwogen, den deutschen Vertretern gewisse Vollmachten mitzugeben, falls Ergänzungen zu einem schon vorliegenden Vorschlag der Reichsregierung nötig sind. Der Beschluß der Reparationskommission wurde auf Antrag Bradburys gefaßt. Es lag die Gefahr einer Ablehnung eines Moratoriums vor. Der englische Vertreter dürfte aber ebenfalls von der deutschen Regierung weitere Zugeständnisse verlangen, während die Reichsregierung auch heute wieder nachdrücklich betont, daß ein Hinausgehen über ihre letzten Vorschläge unmöglich sei.

Die Ausarbeitung der deutschen Vorschläge.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 28. Aug. Die Mitteilung der Reparationskommission, sie sei bereit, vor ihrer Entscheidung über das Moratorium noch weitere Vertreter der deutschen Regierung anzuhören, ist nach der „B. Z." hier nicht unerwartet gekommen. Man hatte bestimmt damit gerechnet, daß die Reparationskommission eine Besprechung über die angebotenen Garantien für die Lieferungen von Kohle und Holz anregen werde. Einigermaßen überrascht ist man nur von dem neuen Termin für diese Verhandlungen. Die Ausarbeitungen für die Durchführung von solchen Lieferungsverträgen sind noch nicht beendet und es fragt sich, ob man damit vor der Abreise der deutschen Delegierten fertig sein wird. Jedenfalls werden die deutschen Delegierten aber in den für Mittwoch angesetzten Verhandlungen mit der Reparationskommission im Besitz der ausgearbeiteten Vorschläge sein, die ihnen evtl. noch drahtlich zugehen würden.

Die Aussaugung Deutschlands durch die Besatzungskosten.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Frankfurt a. M., 28. Aug. Die gewaltigen Kosten der Rheinlandbesatzung sind bereits in Denkschriften des Reichsschatzministers eingehend geschildert worden. Von neuen Anforderungen der Besatzung, die uns bekannt geworden sind, sollen hier noch folgende Beispiele genannt werden. In Höchst a. M. müssen neben umfangreichen Kasernenanlagen für Infanterie und Kavallerie zirka 20 Unteroffizierswohnungen, eine Unteroffiziersmesse, ein Kaffee, ein Schulschießstand und ein Munitionsdepot für die Franzosen errichtet werden. Das Reich muß den Wünschen nachkommen, da sonst die Besatzungsbehörde das Projekt für den zur Entlastung der Bevölkerung erforderlich gewordenen Kasernenbau verwerfen würde. **Die Gesamtkosten für die Neubauten sollen sich auf etwa 145 Millionen Mark belaufen.** In Kreuznach wurde eine Kaserne für eine Trainkompagnie und eine Kaserne für ein Artillerieregiment errichtet. Der Trainkasernenbau soll **über 17 Millionen Mark** kosten. Für die Artilleriekaserne sollen bisher schon 60 Millionen Mark vorgesehen sein, doch dürfte diese Summe bei weitem nicht ausreichen, um den Anforderungen der Besatzung zu genügen. Andere Kasernenbauten werden in Ems, Königstein, Langenschwalbach, Kirn, Oberstein an der Nahe und in Nassau errichtet. Auch diese Bauten verschlingen bedeutende Kosten. Der aus dem Jahre 1921 stammende Voranschlag soll **Summen bis 40 Millionen Mark für eine Kaserne** vorgesehen haben. Uebrigens fährt auch Belgien damit fort, die eigenen Militärlasten auf das ausgesogene Deutschland abzuwälzen und seine Truppenmacht zu verstärken. Einer belgischen Meldung zufolge soll das 9. belgische Artillerieregiment von dem ehemaligen Truppenübungsplatz Elsenborn nach dem Besatzungsgebiet in die Garnisonen Homberg, Rheinkamp, Geldern und teilweise nach Duisburg verlegt werden.

Der amerikanische Handelsminister als Schiedsrichter in der Reparationsfrage?

Ein interessanter Vorschlag des Gouverneurs James Cox.

London, 27. August. Gouverneur James Cox, der Kandidat der Demokratischen Partei bei den letzten Präsidentschaftswahlen der Vereinigten Staaten, machte heute die sensationelle Mitteilung, daß Bestrebungen im Gange sind, den amerikanischen **Handelsminister Herbert Hoover, den aus der Kriegszeit bekannten Lebensmitteldiktator** als

Schiedsrichter für die Reparationsfrage

zu bestellen. Gouverneur Cox hat heute Lloyd George in einer zweistündigen Unterredung diesen Plan entwickelt, und wie es heißt, hat Cox bereits von englischer, französischer und deutscher Seite die Versicherung erhalten, daß diese drei Nationen mit dem Eintritt Hoovers in die Reparationskommission einverstanden sein würden.

Vor amerikanischen Pressevertretern teilte Cox folgende Einzelheiten mit: Hoover würde die Aufgabe zufallen, die Lage Deutschlands festzustellen und die Summe zu fixieren, die Deutschland zu zahlen in der Lage ist. Cox betonte, daß Hoover das Vertrauen Europas besitze und fuhr dann fort: „Seine Entscheidung würde auch von Frankreich angenommen werden, das heißt also, von allen beteiligten Parteien. Jede Regierung würde die Ernennung Hoovers begrüßen. Schon die bloße Ankündigung seiner Ernennung würde dazu beitragen, die Verhältnisse zu stabilisieren. Später, nachdem die Reparationsfrage gelöst sei, würden Deutschland sowohl wie Frankreich und Oesterreich in der Lage sein, die notwendigen Anleihen zu erhalten."

Zur Begründung sagte Gouverneur Cox:

„Das Sturmzentrum der wirtschaftlichen Welt ist Mitteleuropa.

Alle diejenigen, die Deutschland und Oesterreich besucht haben, sind einer Meinung über den kritischen Punkt, an dem beide Länder angelangt sind. **Oesterreich ist bereits in Auflösung begriffen. Jede Stunde aber bringt Deutschland demselben Punkte näher. Die Nationen Europas befinden sich selbst auf einem toten Punkt in der Reparationsfrage.** Diesseits des Atlantischen Ozeans scheint man keine Lösung zu finden. **Der Hauptschlüssel liegt bei den Vereinigten Staaten.** Keine der von England vorgeschlagenen Lösungen scheint von Frankreich angenommen zu werden. Es ist leicht, die Lage Deutschlands und Frankreichs zusammenzufassen. Seit Kriegsende hat Frankreich im eignen Lande für etwa 10 Milliarden Anleihen ausgegeben, die durch Deutschland auf Grund des Friedensvertrages zurückgezahlt werden sollen. Deutschland hat ein Viertel seines Getreidelandes, vier Fünftel seiner Erzvorkommen und ein Zehntel seines Gebiets verloren. Es hat etwa 25 Milliarden Dollar während des Krieges aufgenommen und ein Defizit von 10 Milliarden bleibt als schwebende Schuld." Cox ist der Meinung, daß die Militärpolitik Frankreichs nur auf dem Wunsch nach eigner Sicherheit beruhe, daß aber die deutsche Regierung ebenfalls den Frieden wünsche. Er fuhr dann fort: „Deutschland hat etwa 20 Millionen Einwohner, die es nur bei industrieller Hochkonjunktur beschäftigen kann. **Als die Mark auf 100 bis 200 für den Dollar stand, hatte Deutschland einen gewissen Vorteil auf dem internationalen Markt. Heute aber können die Banken die Rohstoffkäufe nicht mehr finanzieren und keine Nahrungsmittel bezahlen. Wenn nicht auf irgendeine Weise eine Erleichterung geschaffen wird, werden die Geschäfte schließen, die Betriebe stillgelegt. Millionen werden beschäftigungslos und der Winter voll Not und Entbehrung. Wenn Deutschland zusammenbricht, kann Frankreich keine Zahlungen erhalten und wird den Verlust nicht ohne schweren Schaden tragen können."**

Auf seine Unterredung mit dem Reichskanzler Wirth kommend, erklärte Cox, der Kanzler habe ihm in tiefster Bewegung gesagt: **„Wenn Sie die Vereinigten Staaten nicht bald für Europa interessieren, ist in Deutschland und ganz Mitteleuropa alles verloren."** Cox sagte, Kanzler Wirth habe ihn ermächtigt, seine Ausführungen dem amerikanischen Volke zu übermitteln. Noch sei es nicht zu spät, um das Unglück zu verhüten.

Schmutzpropaganda gegen Deutschland.

Von der Liga zum Schutze der deutschen Kultur, Landesgruppe Sachsen, geht uns im Zusammenhange mit einer Lügenmeldung der „Times" zum Rapallo-Vertrag, die wir unlängst wiedergaben, folgende beachtenswerte Zuschrift zu:

„Nicht nur die „Times" bringt Tendenzmeldungen zum Rapallo-Vertrag, sondern es muß bei dieser Gelegenheit vor allem auf die offiziöse „Prager Presse" hingewiesen werden. Dieses Blatt zeichnet sich durch eine Schreibweise Deutschland gegenüber aus, auf welche nicht scharf genug aufmerksam gemacht werden kann. In seiner Nr. 212 kommt ein langer Artikel über angebliche „Geheimzusätze zum Rapallo-Vertrag", welche den Stempel der Lüge an der Stirn tragen. Die Landesgruppe Sachsen der Kulturliga hat wiederholt Gelegenheit genommen, das hiesige Generalkonsulat der tschecho-slowakischen Republik auf diese tendenziösen Berichterstattungen ihrer offiziösen Presse hinzuweisen, bis jetzt aber ohne Erfolg. Die Liga wird Gelegenheit nehmen, in einem längeren Aufsatz die „Prager Presse" zu kennzeichnen."

Ein französisches Panzerschiff gesunken.

Paris, 27. Aug. Das Panzerschiff „France" stieß bei der Rückkehr von einer nächtlichen Schießübung in der Bucht von Quiberon auf einen Felsen und mußte, da es manövrierunfähig wurde, Anker werfen. Das Schiff versank in einer Tiefe von 20 m. (W. T. B.)

Streikunruhen in Frankreich.

Le Havre, 27. August. Bei einem Zusammenstoße zwischen Streikenden und der Polizei gaben die ersteren Feuer, das von der Polizei erwidert wurde. Es gab drei Tote und etwa 30 Verwundete, wovon über 15 Polizisten sind und die übrigen Zivilisten.

Nach dem „Matin" spielte sich von ½5 Uhr an eine richtige, zwei Stunden währende Schlacht mit Barrikaden und Gewehrfeuer ab. Die Truppen feuerten zuerst in die Luft, gaben aber schließlich scharfe Salven ab und griffen auch mit dem Bajonett an. Drei Zivilpersonen wurden getötet, 17 Gendarmen und 20 Zivilpersonen verletzt. Es wurden etwa 50 Verhaftungen vorgenommen. Ueber die Stadt wurde der Belagerungszustand verhängt. Um Mitternacht ist der Präfekt eingetroffen. Er hat geäußert, daß er die Ordnung in Le Havre um jeden Preis in der kürzest möglichen Frist wieder herstellen werde. Nach dem „Matin" werfen die Streikenden Schützengräben auf, fällen Bäume und befestigen ihre Barrikaden. (W. T. B.)

Paris, 27. August. Nach einer Havasmeldung aus Le Havre ist dort die Ruhe wieder hergestellt. Heute früh wurde das Kasino Franklin, der Sitz der Streikleitung, das die Streikenden stark verbarrikadiert hatten, ohne Blutvergießen genommen, da die Streikenden das Haus vorher verlassen hatten. In der Nacht wurden verschiedene Verhaftungen vorgenommen. Der Bahnhof wird militärisch bewacht. Angesichts der Bewegung, die nichts mehr mit dem Streik zu tun habe, sondern nur noch eine politische Agitation sei, habe der Präfekt die energischsten Maßnahmen getroffen. Jede Zusammenkunft von Streikenden und Demonstranten sei strengstens verboten. Havas zufolge ist niemals die Rede davon gewesen, den Belagerungszustand über die Stadt zu verhängen. Auch hätten die Truppen keinerlei Gebrauch von der Waffe gemacht, sondern nur die von der Menge angegriffene Polizei, die mit Steinen beworfen und mit Revolvern beschossen worden sei. (W. T. B.)

Übergreifen des Streiks auf Paris.

Paris, 28. August. Dem „Matin" zufolge nimmt der Streik in Le Havre ab, droht aber, auf Paris überzugreifen. Ohne die Entscheidung der Zentralleitung abzuwarten, beschloß das Bauarbeitersyndikat gestern, als Protest gegen die Vorgänge in Le Havre heute vormittag in den Ausstand zu treten. Außerdem erließ die Vereinigung der extremistischen Arbeitersyndikate einen Aufruf, in dem sie die verbündeten Organisationen im ganzen Lande auffordert, einen 24stündigen Generalproteststreik gegen die Vorgänge in Le Havre ins Werk zu setzen, der am Dienstag früh beginnen soll. Gegen den Generalsekretär des Verbandes, Monmousseau, wurde ein Haftbefehl erlassen. (W. T. B.)

Zuspitzung der Lage im Orient.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

London, 28. Aug. Das Gerücht, wonach Frankreich Kemal-Pascha veranlaßt habe, er möge Vorbereitungen zur Besetzung Konstantinopels treffen, die durch französische Truppen in und um Konstantinopel erleichtert werden soll, indem diese die Türken einmarschieren lassen und die Griechen in Schach halten, tritt bei der englischen Regierung jetzt stärker auf. Nach Mitteilung der englischen Militärbehörde versuchen die Türken mit einer kleineren Truppe an der griechischen Front ein Scheinmanöver, während sich eine besondere Armee der Türken absondern soll, um auf Konstantinopel vorzurücken. Englischerseits befürchtet man, daß durch eine solche Aktion eine gefährliche Lage für das Verhältnis der Ententetruppen untereinander in der Türkei entstehen kann, die Auswirkung im ganzen Orient Folgen von größtem Umfange haben könne. Es heißt, daß England Maßnahmen zum Schutze seiner Interessen im Orient treffen werde.

Dollar (Amtlich): 1450